

Uwe Doering, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer,

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15

doering@linksfraktion-berlin.de

www.uwe-doering.de



1. Zum Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst Berlins (s. 1)
2. Rot-Rot stoppt private Schulsanierung (s. 2)
3. Bundesratsinitiative für Mindestlohn im Bundesrat gescheitert (s. 2)
4. Offenlegung der Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (s. 2)
5. Termine und Hinweise (s. 2)

Zum Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst Berlins

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit hat mit seiner ultimativen Aussage "Kein zusätzliches Geld für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes vor 2010" die Situation in der Tarifaueinandersetzung mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verschärft. Er will also mit Hinweis auf die Laufzeit des geltenden Tarifvertrages auf die aktuellen Forderungen nach Einmalzahlungen nicht eingehen.

Wir meinen, Wowereit übersieht dabei, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit dem Solidarpakt, mit Verzicht auf Gehaltsbestandteile und dem Personalabbau einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes geleistet haben. Diesem Umstand sollte in den Tarifverhandlungen Rechnung getragen werden. Die Berliner LINKE und die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin haben Wege aufgezeigt, wie wieder Bewegung in die Tarifgespräche kommen kann, an deren Ende für alle beteiligten Seiten ein akzeptables Ergebnis steht.

Unter der Überschrift "Linkspartei-Chef will mehr Geld für den öffentlichen Dienst" berichtet die "Berliner Zeitung" vom 11. Oktober 2007 über die Berliner Personalrätekonferenz, die am Tag zuvor stattfand. Vor 700 Personalräten forderte Klaus Lederer, dass der Kündigungsschutz nach Auslaufen des Solidarpaktes fortgesetzt werden müsse. Das Land Berlin solle in das bundesdeutsche Tarifgefüge zurückkehren.

Zuvor hatte die Vorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Carola Bluhm, im "Tagesspiegel" und im "Neuen Deutschland" vom 9. Oktober vorgeschlagen, die Tarifverhandlungen in das Jahr 2008 vorzuziehen. Hier könne dann das Gesamtpaket verhandelt werden, das u. a. die Verlängerung der Beschäftigungssicherung, die Öffnung eines Einstellungskorridors sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen vorsieht. Vor dem Hintergrund erhöhter Steuereinnahmen und der Vereinbarung von Einmalzahlungen bzw. Gehaltserhöhungen in allen anderen Bundesländern sollte die weitere Abkopplung Berlins von der bundesdeutschen Tarifentwicklung nicht weiter verfestigt werden. Carola Bluhm wies darauf hin, dass dies eigentlich Konsens in der rot-roten Koalition sein sollte.

Unsere Grundauffassung und Lösungsansätze im Tarifkonflikt lassen sich in Kurzform wie folgt zusammenfassen:

1. Wir sind der Ansicht, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin nach ihren Beiträgen zur Sicherung der fiskalischen Handlungsfähigkeit Berlins im Rahmen des Anwendungstarifvertrages auch an der verbesserten Situation durch Gehaltserhöhungen teilhaben sollten.

2. Die Umsetzung der Forderung nach 3 x 300 € würde eine erhebliche Belastung für den Landeshaushalt darstellen, ohne an der tariflichen Situation der Beschäftigten strukturell irgend etwas zu ändern. Dauerhafte Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen sind damit nicht verbunden.

3. Die gegenwärtig geforderten Maßnahmen sollten zu einem Teil der Verhandlungen gemacht werden, die die Perspektiven des öffentlichen Dienstes nach dem Auslaufen des Anwendungstarifvertrages betreffen.

4. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Tarifverhandlungen in das Jahr 2008 vorgezogen werden. Der Anwendungstarifvertrag läuft 2009 aus. Die LINKE Berlin will - über Bundestarifrecht hinausgehend - die Aufrechterhaltung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen für den öffentlichen Dienst in Berlin und darüber hinaus beschäftigungswirksame Effekte zur realen dauerhaften Entlastung der bisher im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

5. Deshalb sind wir für die Fortsetzung einer Form des Solidarpaktes, in dem Lohn- und Gehaltserhöhungen vereinbart werden sollen, der einen Einstellungskorridor vorsieht und gleichzeitig den Kündigungsschutz verlängert. Mit der öffentlichen Positionierung von Carola Bluhm für die Linksfraktion und von Klaus Lederer für die Berliner LINKE wird deutlich, dass DIE LINKE Druck auf den Regierenden Bürgermeister und die SPD-Fraktion entwickelt. Die Sozialdemokraten wollen sich in der Tarifaueinandersetzung bisher keinen Millimeter auf die Forderungen der Gewerkschaft zubewegen. Die Gewerkschaften wiederum kennen unseren Vorschlag, es liegt nun auch an ihnen, ihn aufzugreifen und wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen zu bringen.

(Wolfgang Albers, Uwe Doering, Klaus Lederer, Ernst Welters)

Rot-Rot stoppt private Schulsanierung

In den Bezirken Spandau und Reinickendorf sollten 15 Schulen in einer öffentlich-rechtlichen Partnerschaft (PPP-Modell) saniert werden. Auch in Treptow-Köpenick gab es solche Überlegungen. Im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses wurden durch die Koalition diese Vorhaben gestoppt. Zuvor hatte auch der Landesrechnungshof sich kritisch zu solchen Finanzierungsmodellen geäußert.

Hierzu wird Stefan Liebich (Linksfraktion) in der Berliner Morgenpost vom 11. Oktober 2007 zitiert: "Die in einigen Berliner

Bundesratsinitiative für Mindestlohn im Bundesrat gescheitert

Am 12. Oktober 2007 wurde im Bundesrat die Berliner Min-

Offenlegung der Verträge über die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe

Auf eine entsprechende Anfrage in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. Oktober 2007, erklärte Wirtschaftsminister Harald Wolf (DIE LINKE), dass er zur Zeit mit den Investoren Veolla

Bezirken [...] diskutierten Modelle gehen in die falsche Richtung. Wir finden: Was sich die öffentliche Hand nicht leisten kann, sollte sie auch nicht versuchen, durch eine Jahrzehnte währende Bindung an Privatunternehmen bezahlen zu wollen." Die Idee mit Hilfe eines PPP-Modells notwendige Schulsanierungen durchzuführen stammte ursprünglich aus dem Hause des Finanzsenators Sarrazin. Das Modell sah vor, dass Teile der Schulsanierung über Private organisiert und finanziert werden und dann über langfristige Verträge abgegolten werden sollte. Die Finanzverwaltung unterstellte dabei, dass sich das Vorhaben über 25 Jahre rechnen, nicht zuletzt weil auch "Private effizienter wirtschaften"!!! Kein Wunder, dass

destlohninitiative abgelehnt.

Der rot-rote Senat hat im Bundesrat für einen Mindestlohn von 7,50 Euro für alle Branchen plädiert. Im Bundesrat sagte Wirtschaftsminister

und RWE über eine Offenlegung der Verträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) verhandelt.

"Das Teilprivatisierungsgeschäft aus dem Jahr 1999 war eine graviende Fehlentscheidung des Dieppgen-Senats", so Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Berliner LINKEN. "Eine offene und

die "Privatisierer" von CDU, FDP und Grüne Gefallen an diesem Modell fanden.

Nachdem die SPD-Fraktion und die Linksfraktion im Hauptausschuss das PPP-Modell ablehnten, warf die FDP der Koalition "linke Klientelpolitik" vor, die CDU sprach von einer "ideologisch begründeten Ablehnung" des Modells. Die Grünen wollen über eine Ausschreibung der Finanzierung einen Vergleich, ob die Finanzierung über die öffentliche Hand oder über Private wirtschaftlicher ist. Die rot-rote Koalition setzt dagegen weiterhin auf das haushaltsfinanzierte Schul- und Sportstättenanierungsprogramm.

Wolf (DIE LINKE), eine Gesellschaft, müsse es ihren Bürgern ermöglichen, von den Erträgen einer Vollzeitbeschäftigung menschenwürdig leben zu können.

öffentliche Debatte über die Konsequenzen und Folgen der BWB-Teilprivatisierung setzt voraus, dass die vertraglichen Vereinbarungen nicht nur teilweise, sondern umfänglich offen gelegt werden." Klaus Lederer fordert die Investoren auf, den Weg für die Offenlegung der Verträge so schnell als möglich freizumachen.

Termine und Hinweise

Sie können mich diesen Monat folgendermaßen persönlich antreffen:

- 09. Nov. 07, 14:00 Uhr auf der Integrationskonferenz der GESOBAU, Wilhelmsruher Damm.

- 13. Nov. 07, 18:30 Uhr beim Treffen der AG "Betriebe und Gewerkschaften". Hier bin ich zur Diskussion mit den Mitgliedern der AG zu den Themen "Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst" und "Novellierung des Lan-

despersonalvertretungsgesetzes" eingeladen. Karl-Liebke-Haus, Kleine Alexanderstr. 28.

- 14. Nov. 07, 19:00 Uhr auf der Veranstaltung der LINKE Lichtenberg und der AG "Betriebe und Gewerkschaften" zur Traifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst. Geschäftsstelle DIE LINKE Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Str. 12.

- 16. Nov. 07, ab 15:00 Uhr bei der Eröffnung der "villa offensiv" (Familien- und Begegnungszentrum Altglienicke), Köpenicker Str. 42.

- 21. Nov. 07, 17-19 Uhr, Sprechstunde im Bürgerzentrum Altglienicke in der Ortolfstraße.

- 27. Nov. 07, 18:30 Uhr bei der Veranstaltung "Perspektiven rot-roter Politik in Berlin" im Bürgerhaus Grünau.

Weitere Berichte - unter anderem zu den Themen: Uwe Doering wieder Aufsichtsratsmitglied beim 1. FC Union Berlin und Änderung des Personalvertretungsgesetzes - und Reden von mir finden sie auf:

www.uwe-doering.de